

## Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Hanke F. Bokelmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### **Frage:**

Wie viele Anzeigen schalteten die Stadtwerke Marburg in den Jahren 2015 und 2016 (inkl. ihrer Töchterfirmen) im Marburger Express zu welchem Kosten? Bitte nicht nur das Budget nennen, sondern auch die tatsächlich aufgewendete Summe.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

In 2015 sind zwei Werbeanzeigen für 830,- € und in 2016 fünf Werbeanzeigen für 1.822,- € im Marburger Magazin express geschaltet worden.

Zusätzlich sind in 2016 von der Personalabteilung drei Stellenanzeigen für unsere Tochterunternehmen für 1.188,- € geschaltet worden.

Marburg, den 01. Juni 2017/no

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, welche Informationen ihm über die Person Gert Siebert bekannt sind, ein Wanderweg trägt bekanntlich den Namen Gert-Siebert-Weg und ob nach ausführlicher Recherche diese Namensgebung aufrechterhalten bleiben soll?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Der in 1922 in Diez an der Lahn geborene Rechtsanwalt und Notar Gert Siebert war von 1967 bis 1970 erster Vorsitzender des Zweigvereins Marburg vom Oberhessischen Gebirgsverein, von 1970 bis 1975 Wanderwart und von 1975 bis 1999 erneut Vorsitzender. Anlässlich dieser Aktivität wurde eine 31,5 Kilometer lange Wanderroute im März 2001 nach ihm benannt.

Des Weiteren war er von 1975 bis 1994 Schatzmeister des Rotary-Clubs Marburg-Schloss, Förderer und juristischer Berater des VfB Marburg und Mitbegründer sowie, von 1953 bis 1954, stellvertretender Vorsitzender und juristischer Berater der Afföllergemeinde.

Seit dem Dritten Trimester 1940 war er Mitglied der Marburger Burschenschaft Rheinfranken.

In 2001 erhielt er den Ehrenbrief des Landes Hessen für seine ehrenamtliche Tätigkeit.

Gert Siebert verstarb am 21.10.2015.

Für das Anlegen, die Markierung und Erhaltung von Wanderwegen ist die Zuständigkeit des Magistrates nicht gegeben. Vielmehr ist dies u.a. die Aufgabe von Gebirgsvereinen und bzgl. des Gert-Siebert-Weges wäre somit der Ansprechpartner der Oberhessische Gebirgsverein.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Ulrich Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### Frage:

Welche Maßnahmen werden in diesem Jahr – u.a. im Rahmen des Vorhabens Soziale Stadt – im Waldtal umgesetzt und wann ist mit dem Abschluss der Maßnahmen zu rechnen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

### Stellungnahme/Antwort:

Aufgrund der verspäteten Verabschiedung des kommunalen Haushaltsplanes 2017 verschiebt sich auch die Beauftragung von Planungen und die Umsetzung der Maßnahmen.

Folgende Maßnahmen werden in 2017 realisiert:

- Lückenschluss im Wegenetz inneres Waldtal (Anbindung Bolzplatz, Treppenanlage Höhe St. Martin-Haus)
- Installierung Trinkwasserbrunnen Fuchspass
- Abgestimmte Wohnumfeldmaßnahmen Ginseldorfer Weg (GeWoBau und Wohnstadt)
- Finanzierung kleinere Maßnahmen Gartenwerkstatt
- Planung Soziale Achse (Buswendeplatz bis Bolzplatz)
- Planung „Spielwald“ (Ginseldorfer Weg, Böschung Richtung „Am Rain“)
- Umsetzung Beleuchtung Treppenanlage „Ginseldorfer Weg/Am Rain“ (Baustein Konzept „Spielwald“)
- Der geplante Ausbau des Fahrradstellplatzes am „Försterweg“ ist abhängig vom Nutzungskonzept des neuen Anbieters Nextbike
- Die Baukolonne „Stadterneuerung“ wird im Herbst/Winter Baumfäll- und Grünpflegearbeiten durchführen. Hierüber hinaus ist – in Absprache mit der GeWoBau – eine Einfassung (Zaunanlage) der Freifläche in der Knudsbach geplant.
- Die Konzeptionierung des „Gesundheitszentrums“ als Baustein des „Nachbarschaftszentrums Waldtal“ wird fortgeführt.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Madelaine Stahl
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

### Frage:

Kann der Magistrat darüber Auskunft erteilen, wie viele Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende im Rahmen der Auftaktveranstaltung zum Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungsprozess der Stadt Marburg Interesse bekundet haben bzw. wie schätzt der Magistrat die Repräsentanz von Schüler\*innen, Auszubildenden und Studierenden derzeit quantitativ ein; gibt es diesbezüglich eine Zielstellung?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 16 - Referat für Gleichberechtigung von Frau und Mann
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Bei der Anmeldung zur Auftaktveranstaltung zum Bürger/innenbeteiligungsprozess wurden keine Daten im Hinblick auf das Alter und den Ausbildungsstatus der Interessierten erhoben, da die Teilnahme niedrigschwellig ausgestaltet war.

Es ist erklärtes Ziel, junge Menschen in den Prozess einzubeziehen. Dies ist auch verschiedenen öffentlichen Beiträgen zum Thema zu entnehmen.

Folgende Aktivitäten wurden dazu bisher durchgeführt:

- Studierende wurden im Rahmen der Fachschaftskonferenz der Universität über die Auftaktveranstaltung informiert und eingeladen. Gleichzeitig wurden Informationskanäle genutzt, die sich insbesondere an Studierende richten (z.B. Flyer in der Mensa, Radio Unerhört, PhilippMag, Busse). Studierende sind zudem über die wissenschaftliche Begleitforschung einbezogen.
- Vertreter/innen des Kinder- und Jugendparlaments waren bei der Auftaktveranstaltung vertreten und werden im weiteren Verlauf des Prozesses informiert und beteiligt.
- Schüler/innen der Steinmühle gestalteten ein Plakat mit Vorschlägen für die Auftaktveranstaltung. Eine Schülerpraktikantin erstellte selbständig ein Animationsvideo zu dem Prozess, das im weiteren Verlauf zur Information Jugendlicher genutzt wird.

Die Aktivitäten, um junge Menschen in den Prozess einzubeziehen, werden fortgeführt. Vorschläge und Anregungen dazu, auch von Seiten der Stadtverordneten, werden gerne aufgegriffen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Elke Neuwohner
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

### Frage:

Ist dem Magistrat bekannt, welche Kosten entstehen würden, wenn die Stadt Marburg für das Aquamar eine Sommerferienkarte für Schülerinnen und Schüler über 16 Jahre (analog zum Ferienpass und der Kinderschwimmkarte) zu einem Preis von 10 Euro anbieten würde?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 74 - Städtische Bäder
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Dr. Weinbach

### Stellungnahme/Antwort:

Eine Beantwortung dieser Kleinen Anfrage ist nicht möglich. Es gibt bei den Städtischen Bäder keine erfassten Zahlen und somit auch keine Auswertungen über den Besuch von Schülern und Schülerinnen über 16 Jahre. Die Entgeltordnung der Städtischen Bäder sieht als Benutzergruppe nur „Jugendliche ab 16 Jahre, Studierende, Auszubildende, BFD, FSJ, Schüler/Schülerinnen sowie Menschen mit Behinderung ab einem Grad der Behinderung von 50 % sowie Stadtpass-Erwachsene“ vor.

Somit ist eine separate Ermittlung der Schülerzahlen (Schüler/Schülerinnen über 16 Jahre), die Grundlage für einen Preisvergleich wären, nicht möglich.

Dr. Kerstin Weinbach  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Elke Neuwohner
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

### Frage:

Ist dem Magistrat bekannt, ab wann es gelingen wird, für die Kreuzung Erlenring/Weintrautstraße/Alter Kirchhainer Weg eine Lösung zu installieren, bei der rechtsabbiegende Autos nicht mehr über das Fußgängergrün („feindliches Grün“), insbesondere der Schulkinder, fahren?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die derzeitige Ampelschaltung ist aufgrund der baulichen Gegebenheiten für Fußgängerinnen und Fußgänger nicht immer komfortabel, aber verkehrssicher und richtlinienkonform.

Um die wünschenswerten Verbesserungen für den Fußgängerverkehr erreichen zu können, müsste die Kreuzung überplant und baulich deutlich eingengt werden. Diese Maßnahme kann durch den FD Tiefbau aber nicht aus den laufenden Haushaltsmitteln finanziert werden. Eine Haushaltsanmeldung ist lt. FD Tiefbau für das Jahr 2018 ebenfalls nicht vorgesehen, da zunächst Maßnahmen mit höherer Priorität umgesetzt werden sollen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Hans-Werner Seitz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

### **Frage:**

Wie viele Klagen sind von welchen Klägerinnen gegenüber der Universitätsstadt Marburg wegen der Weigerung des Magistrats anhängig, die erhöhten Beiträge zur laufenden sachlichen Schulunterhaltung gem. § 7 Ersatzschulfinanzierungsgesetz für Kinder mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf an freie Schulträger auszuführen, und wie ist der aktuelle Stand der Verfahren?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Dr. Weinbach

### **Stellungnahme/Antwort:**

Es liegt derzeit eine Klage vor, in der durch den Träger einer Ersatzschule erhöhte Gastschulbeiträge eingefordert werden.

Eine mündliche Verhandlung ist für den Monat August 2017 anberaumt.

Dr. Kerstin Weinbach  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Jonathan Schwarz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Stellt die Stadt Marburg eigene Flächen für Werbezwecke zur Verfügung und falls ja, in welchem Umfang (ungefähre Anzahl reicht) und mit welchen Auflagen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Über klassische Flächen für Werbezwecke, wie z. B. Plakatwände oder Litfaßsäulen, verfügt die Stadt Marburg nicht. Lediglich für Veranstaltungen in Marburg kann an 17 Anschlagstellen mit Genehmigung auf Plakatpappen geworben werden.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Am 3. Februar 2017 ist der Jurist, Publizist und Rechtswissenschaftler Dr. Heinz Düx, Träger des Historischen Stadtsiegels der Universitätsstadt Marburg, im Alter von 92 Jahren verstorben. Der Antifaschist und Demokrat Dr. Düx wurde in Marburg geboren, ging hier zur Schule und wirkte später u.a. als Richter und kritischer Kommentator der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. In den wichtigen Frankfurter Auschwitzprozessen fungierte er als Untersuchungsrichter. Welche Möglichkeit sieht der Magistrat, selbstverständlich in Absprache mit den Angehörigen, diesen bedeutenden Sohn der Stadt zu würdigen? Z.B. durch eine historische Hinweistafel an seinem Elternhaus in Marburg-Weidenhausen oder durch eine Straßenbenennung.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Das Lebenswerk von Herrn Dr. Heinz Düx ist dem Magistrat bekannt. Im Jahr 2014 wurde Herr Dr. Düx durch die Universitätsstadt Marburg mit dem Historischen Stadtsiegel geehrt. In 2015 übernahm die Stadt Marburg den schriftlichen Nachlass von Herrn Dr. Düx, welcher für wissenschaftliche Zwecke im Stadtarchiv eingesehen werden kann.

Um verstorbene Personen posthum zu würdigen, ist neben der Benennung einer Straße oder eines Platzes auch eine Würdigung durch ein Historisches Hinweisschild möglich.

Hierfür gelten folgende Kriterien:

1. Die Person muss überregional bekannt sein.
2. Die Person muss über ihre/seine Fachgrenzen hinaus bekannt sein.
3. Die Person muss einen relevanten Zeitraum und eine wichtige Schaffensphase in Marburg verbracht haben.
4. Das oder ein Wohnhaus muss existieren und die Hausbesitzerin/der Hausbesitzer muss mit der Hängung einverstanden sein.

Bei der Erstellung der nächsten Charge der Historischen Hinweisschilder wird seitens des Fachdienstes Kultur geprüft, ob sämtliche Kriterien bei Herrn Dr. Heinz Düx erfüllt sind. Die Zustimmung der Hausbesitzerin/des Hausbesitzers stellt sich mitunter als Hürde dar.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

### Frage:

Wie hoch belaufen sich zur Zeit die gesamten Umbaukosten (Aufstellung) des Erwin-Piscator-Hauses einschließlich des Umfeldes/Platz/Straße?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

### Stellungnahme/Antwort:

Eine präzise Aussage zu den zu erwartenden Abrechnungskosten der einzelnen Maßnahmen am Erwin-Piscator-Haus kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden, da verschiedene juristische Auseinandersetzungen mit Auftragnehmerinnen und Auftragnehmern andauern und der Ausgang nicht vorhergesagt werden kann.

Bezogen auf das Umfeld bleibt es bei der Kostenaufteilung

- a) Gelände EPH 2.214.000 €
- b) Angrenzende Bereich 1.052.000 € (Savigny- bis zur Wolfstraße)
- c) Gegenüberliegende Seite der Biegenstraße 364.000 €

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Manfred Jannasch
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

### Frage:

Die Tags und Schmierereien werden in der Stadt immer mehr. Wieso wird nach dem Beschluss vom 29.5.15 nicht dagegen vorgegangen und diese an öffentlichen Gebäuden/Denkmalern entfernt? Hierzu zählen auch die universitären Gebäude, denn die Stadt sollte hier im Kontakt mit der Unileitung bleiben.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

### Stellungnahme/Antwort:

Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Mai 2015 wurde das Thema in einer regelmäßig stattfindenden Dienstbesprechung mit der Philipps-Universität angesprochen. Die Vertreter der Philipps-Universität erläuterten, dass sie im Rahmen der Möglichkeiten Schmierereien erfassen und im Rahmen der Bauunterhaltung beseitigen.

Es könne vorkommen, so die dort verantwortliche Dienststelle, dass Gebäude, die ohnehin kurzfristig saniert werden sollen, nicht unmittelbar nach Schadensfeststellung, sondern erst im Zuge der anstehenden Sanierung, bearbeitet werden. Es wurde darum gebeten, Hinweise an die Universitätspressestelle zu geben.

Farbschmierereien an städtischen Gebäuden, Verkehrsanlagen und Stützmauern werden in der Regel unverzüglich beseitigt. Wenn keine besonderen technischen Vorkehrungen zu treffen sind, wird der Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg damit beauftragt. Hin und wieder ist auf eine darauf spezialisierte Fachfirma zurückzugreifen. Diese Fachfirma entfernt die Graffitis mittels Trockeneis und Sandstrahltechnik. Um den Aufwand möglichst gering zu halten, müssen in diesen Fällen verschiedene Objekte beim Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg gesammelt und zusammengefasst beauftragt werden. Auch der Hochbauservice hat in den vergangenen Jahren sehr viele Graffitis beseitigt. Verwaltungsintern wird intern zurzeit geprüft, ob nach dem Vorbild der Stadt Tübingen ein besonderes Budget, eine zentrale Zuständigkeit innerhalb der Stadtverwaltung und ein Budget für die Förderung von Beseitigungsmaßnahmen an privaten baulichen Anlagen eingerichtet wird.

Seit 2011 wurden für die Beseitigung von Graffitis an städtischen Gebäuden rd. 36.500 € aufgewendet. Die Entfernung der Tags und Graffitis erfolgt in der Regel unverzüglich und sobald dem Fachdienst Hochbau im Rahmen der Gebäudebegehungen die Schäden auffallen oder durch Dritte gemeldet werden. In Ausnahmefällen ist es angebracht, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen (Aufstellen von Kameras, bessere Absicherung des Geländes etc.).

Der Fachdienst Tiefbau hat seit 2014 über 12.000 € für die Beseitigung von Graffiti und Tags an städtischen Verkehrsanlagen aufgewendet. Bspw. seien hier aufgeführt Parolen auf Straßen am Oberen Richtsberg, Schmierereien auf Sandsteinmauern im Marbacher Weg, Graffiti und Tags im Jägertunnel, auf der Elisabethbrücke, der Kurt-Schumacher-Brücke, den Lahnterrassen und am Ortenbergsteg. Wenn keine Verursacher festgestellt werden können, muss die Beseitigung von Graffiti aus den Mitteln der Straßenunterhaltung bezahlt werden.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Manfred Jannasch
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

### **Frage:**

Trotz eines Anrufes bei den Flotten Fegern und Kritik an den herunterhängenden Spinnweben im Durchgang Rudolfsplatz/Commerzbank ist dort nichts geschehen. Auch wäre es wünschenswert, wenn die Abdeckungen der Leuchten von Farbe gereinigt würden. Ist hier Abhilfe möglich und wenn ja, wann?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Dr. Weinbach

### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Entfernung der Spinnweben erfolgte bereits und wird zukünftig in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

Die Reinigung bzw. falls notwendig den Austausch der Abdeckungen der Leuchten werden die Stadtwerke Marburg, als Betriebsführerin für die Straßenbeleuchtung, schnellstmöglich veranlassen.

Dr. Kerstin Weinbach  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Joachim Brunnet
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

### Frage:

Gab es im vergangenen Jahr Fahrradunfälle in Straßen, in denen das Radfahren gegen die Einbahnstraßen-Regelung erlaubt ist und wenn ja, wie viele?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Der Straßenverkehrsbehörde liegt seit kurzem die Polizeistatistik über Unfälle mit Radfahrereteiligung im Jahr 2016 vor. Laut dieser Statistik wurden im vergangenen Jahr insgesamt 55 Verkehrsunfälle mit Radfahrereteiligung bei der Polizei Marburg aufgenommen. Über die Höhe der Dunkelziffer kann keine seriöse Schätzung abgegeben werden. Die Straßenverkehrsbehörde informiert die Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause über die Entwicklung der Unfälle mit Radverkehrsbeteiligung.

Der Regionale Verkehrsdienst der Polizei (RVD) hat auf Anfrage mitgeteilt, dass die Unfalldatenbank EUSKA keine Filtermöglichkeit hat, konkret nach dem Unfallkriterium „Radfahrer in einer für den Radverkehr freigegebenen Einbahnstraße“ zu suchen. Anhaltspunkte, dass es Einbahnstraßen gibt, in denen es besondere Verkehrsgefahren für oder durch den gegenläufigen Radverkehr gibt, liegen weder der Straßenverkehrsbehörde, noch dem RVD vor.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## **Kleine Anfrage Nr. 29**

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Joachim Brunnet
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

### **Frage:**

Wie viele Autos wurden wegen nicht vorhandener grüner Plaketten im Jahr 2017 bereits erfasst und wie viele kamen davon aus MR?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Bis zum Stichtag 19.06.2017 wurden insgesamt 944 Verwarnungen wegen fehlender grüner Umweltplakette ausgesprochen. 478 davon waren Fahrzeuge mit MR-Kennzeichen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 30

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Renate Bastian
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### **Frage:**

Welche geschäftlichen und vertraglichen Beziehungen unterhalten die Marburger Stadtwerke GmbH mit dem Marbuch-Verlag?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Kreditorisch sind wir natürlich Stadtfestsponsor und Auftraggeber für Werbe- und Stellenanzeigen.

Debitorisch sehen wir uns nicht befugt, Daten über unsere Kunden öffentlich zu machen.

Marburg, den 21.06.2016-dy

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 31

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Ulrich Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### **Frage:**

Was ist dem Magistrat über parent battering (Elternmisshandlung) in Marburg bekannt und welche Unterstützung erhalten betroffene Eltern?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 57 - Soziale Dienste
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

### **Stellungnahme/Antwort:**

Ein ausgeprägtes und scharf umrissenes parent-battering - im Sinne eines fortgesetzten Mißhandelns von Eltern durch deren Kinder - können wir für den Bereich der Stadt Marburg nicht feststellen. In seltenen Fällen kommt es bei schweren Autonomiekonflikten zu körperlichen Auseinandersetzungen, die dann aber eher gegenseitiger Natur sind. Betroffenen Eltern steht das ganze Spektrum der Hilfen zur Erziehung zur Verfügung. Hilfen zur Erziehung richten sich grundsätzlich an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten. Dies reicht von Erziehungsberatung bis zu einer stationären Hilfe für den aggressiven jungen Menschen.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 32

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Alexandra Klusmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### **Frage:**

Die Lahn ist in den letzten Jahren erfreulicherweise renaturiert worden. Unter anderem auch an der Stelle hinter der Drehbrücke an der Gabelung Lahn und "Schwarzes Wasser". Auf dem Fuß- und Fahrradweg an der Lahn, direkt hinter dem Behördenzentrum stehen nur einzelne Baulichter zur Absicherung. Die Lichter fallen immer mal wieder aus. Dann ist es dort stockdunkel und gefährlich, weil ein Arm der Lahn direkt dort verläuft. Ist dort eine richtige Beleuchtung geplant? Und wann ggf.?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

### **Stellungnahme/Antwort:**

Die jetzige Beleuchtung im Bereich der Lahn-Furkation ist nur ein Provisorium. Für eine ausreichende Beleuchtung des Geh- und Radweges vom Drehsteg bis zur Elisabethbrücke (Bahnhofstraße) stehen im Haushalt 2017 Mittel zur Verfügung. Die technische Ausführung ist konzeptioniert und kalkuliert. Bevor angefangen werden kann, bedarf es noch einer Ausnahmegenehmigung nach der Landschaftsschutzgebietsverordnung Lahn. Dazu ist eine Eingriffsausgleichsplanung zu erstellen.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 33

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Wieland Stötzel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

### Frage:

Wann wird der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt und das „Fußgänger-verboden-Schild“ unter der Hochbrücke vorm Bahnhofsvorplatz entfernt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Bereits in mehreren Stellungnahmen hat die Straßenverkehrsbehörde, in Abstimmung mit dem FD Tiefbau und dem Regionalen Verkehrsdienst der Polizei, darauf hingewiesen, dass die Fußgängersperrung für die Radfahrerfurt zwischen Bahnhofsvorplatz und der Mittelinsel nicht aufgehoben werden kann, da es sich bei dem Bahnhofsvorplatz um eine Fahrbahn handelt und eine Fußgängerfurt nicht auf einer Fahrbahn enden darf, um Gefährdungen, insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, zu vermeiden. Die vorhandene Radfahrerfurt ist nicht barrierefrei ausgestattet.

Für nicht mobilitätseingeschränkte Personen, die die Radfahrerfurt aber dennoch zu Fuß benutzen, bestehen bei der Überquerung der Ernst-Giller-Straße keine über das normale Maß hinausgehende Gefahren, da die Grün- und Räumzeiten ausreichen, um die Fahrbahn sicher zu überqueren.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 34

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Koster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### **Frage:**

Welche neuen Entwicklungen gibt es seit meiner letzten Anfrage in Sachen Bauruine Wasserschlösschen Gisselberg? Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Magistrat, den Bauherren zu veranlassen endlich die Beseitigung dieses jetzt schon etwa 10 Jahre bestehenden Schandflecks in zentraler Lage durch Fertigstellung oder Rückbau anzugehen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 63 - Bauaufsicht
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

### **Stellungnahme/Antwort:**

Zum genannten Bauvorhaben in Gisselberg wurde der Nutzungsänderungsantrag am 31.05.2017 genehmigt. Hierbei handelt es sich um die im Erdgeschoss genehmigten Ladennutzungen zu nunmehr Wohnungen. Ein Baubeginn ist bisher nicht erfolgt.

Es besteht aus bauordnungsrechtlicher Sicht weder die Möglichkeit den Baubeginn zu erzwingen noch den Abbruch des Gebäudes zu erwirken, da hierzu die rechtliche Grundlage fehlt.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 35

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Koster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Welche weitere bauliche Perspektive hat der Bau neben dem Oberstadtaufzug im Pilgrimstein, an einem städtebaulich und touristisch markanten Punkt, dessen Renovierung durch die Marburger Freimaurerloge „Zu den drey Löwen“ vor mehreren Jahren öffentlichkeitswirksam angekündigt wurde?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

### Stellungnahme/Antwort:

Im denkmalgeschützten Gebäude Pilgrimstein 28a ist bis vor ca. einem Jahr aufgrund eigentumsrechtlicher Fragestellung keine weitere Bautätigkeit zu verzeichnen gewesen. Seither jedoch sind auf der Grundlage der ursprünglichen Baugenehmigung diverse grundlegende Aufräum- und Baumaßnahmen erfolgt (Freilegung und Herrichtung der ehemaligen Eiskeller und Zwischenstollen, statisch und baukonstruktiv relevante Beton- und Mauerwerksarbeiten, Einbau von Haustechnik etc.).

Nach Abschluss der Ausbauarbeiten will der Betreiber des derzeit noch in den ehemaligen Räumen der Marburger Tourismus Marketing befindlichen gastronomischen Betriebs in das ehemalige Logenhaus umziehen und dort auch sukzessive einen hangseitigen Gewölbekeller als Klubraum nutzen.

Der Erwerb der Liegenschaft ist von ihm im zweiten Halbjahr 2017 beabsichtigt, derzeitige Eigentümerin ist noch die Ehefrau eines ehemaligen Freimaurers.

Für die Liegenschaft Pilgrimstein 28, das ehemalige Logenhaus - neben dem Oberstadtaufzug - liegt aktuell dem Fachdienst Bauaufsicht ein Antrag zur Nutzungsänderung vor.

Geplant sind folgende Nutzungen:

Gewölbe: Lagerräume

Erdgeschoss: Gastronomische Nutzung

Obergeschoss: Büro

Dachgeschoss: Sportstätte (Yogakurse, etc.)

Die Erteilung der beantragten Baugenehmigung kann erfolgen, wenn die notwendigen Pkw-Stellplätze durch Stellplatzablösung nachgewiesen werden und die von den zu hörenden Stellen erbetenen Stellungnahmen vollständig positiv vorliegen.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 36

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### **Frage:**

Gibt es in der Stadtverwaltung Überlegungen, das städtische Bauamt in anderen Räumlichkeiten unterzubringen und falls ja, wo und welche Nutzung wird für die bisherigen Räume erwogen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Das städtische Bauamt, also der Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt, ist in seinen wesentlichen Teilen im Dienstgebäude Barfüßerstr. 11 untergebracht, woran sich auch nichts ändern wird. Eine Veränderung wird sich hingegen für den Fachdienst Hochbau ergeben, der bislang im Dienstgebäude Frauenbergstraße 35 untergebracht ist. Aufgrund der Überlegungen zur räumlichen Verbesserung für den Fachdienst Ausländerbehörde ist durch eine entsprechende Umorganisation im Gebäude Frauenbergstraße 35 der Auszug des Fachdienstes Hochbau erforderlich. Für diesen ist spätestens zu Beginn des nächsten Jahres ein Wechsel in das Gebäude Software-Center 1, in dem auch das städtische Medienzentrum verortet ist, vorgesehen. Die im Gebäude Frauenbergstraße 24 untergebrachte Hochbauwerkstatt, die dem Fachdienst Hochbau zugeordnet ist, ist hiervon nicht betroffen.

Aufgrund der beabsichtigten Veräußerung des Gebäudes Am Plan 3 ist weiterhin ein Wechsel der derzeit dort untergebrachten Unteren Naturschutzbehörde in das städtische Dienstgebäude Universitätsstraße 4 beabsichtigt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 37

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wurde die Einwohnerzahl Marburgs in der Vergangenheit mal bei über 75.000 bzw. bei rund 80.000 angesetzt? Für welchen Zeitraum galt dies und auf welcher Grundlage erfolgte dies?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Bei den Einwohnerzahlen gemäß Einwohnerfortschreibung ist zwischen der Wohnbevölkerung (Hauptwohnungen = amtliche Einwohnerzahl) und der wohnberechtigten Bevölkerung (Hauptwohnungen plus Nebenwohnungen) zu unterscheiden. Die amtliche Einwohnerzahl ist insbesondere relevant für die Schlüsselzuweisungen und andere finanzielle Angelegenheiten der Kommune. Die Summe aus Hauptwohnungen und Nebenwohnungen ist für planerische Zwecke wichtig, da ja auch die Personen, die mit Nebenwohnsitz gemeldet sind, Wohnraum beanspruchen und Infrastrukturen nutzen.

Am 01.06.2017 gab es in Marburg 74.358 Personen mit Hauptwohnsitz und 2.202 Menschen, die mit Nebenwohnsitz gemeldet waren, zusammen 76.560 (HW + NW = wohnberechtigte Bevölkerung). Die Anzahl der mit Nebenwohnsitz gemeldeten Personen ist von über 6.000 Ende 2016 zuletzt stark zurückgegangen, da sich auf Grund der Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer viele Nebenwohnsitzler abgemeldet haben. Die vom Fragesteller erwähnten Zahlen stammen vermutlich aus 2016 (ca. 74.000 + 6.000 = 80.000).

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni 2017

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wieviele Razzien bzw. Haus-/Zimmerdurchsuchungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft hat es in 2016 und 2017 in städtischen Regelunterkünften für Flüchtlinge / UMF gegeben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 4.1 Koordinierungsstelle für Flüchtlingswesen FD 57 Soziale Dienste
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Beantwortung der Kleinen Anfrage erfolgt als gemeinsame, abgestimmte Antwort der Fachbereiche 4 und 5.

In den Wohngruppen, in denen sich unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) in Jugendhilfe befinden, hat es im nachgefragten Zeitraum in zwei Fällen Einsätze der AGGAS (Arbeitsgruppe Gewalt an Schulen) gegeben. Bei AGGAS handelt es sich um ein Sachgebiet der Marburger Polizei mit dem Schwerpunkt jugendliche Delinquenz. In beiden Fällen haben die Einrichtungen von ihrem Hausrecht Gebrauch gemacht und die AGGAS um Unterstützung vor Ort gebeten. Razzien im eigentlichen Sinn - welche durch Polizei oder Staatsanwaltschaft angestoßen wurden - sind dies nicht gewesen.

Im Zusammenhang mit der Unterbringung erwachsener Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften hat es im angefragten Zeitraum sieben Einsätze der Polizei in Ermittlungen zu konkret Beschuldigten in strafrechtlichen Verfahren gegeben. Um Razzien, nach hiesigem Verständnis im Sinne von polizeilichen Objektdurchsuchungen, hat es sich hierbei nicht gehandelt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister